



## Niederschrift

### 44. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.11.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

---

#### Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	anwesend ab 18:07 Uhr (TOP 2)
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Herr Näder, Volkmar	CDU	anwesend bis 19:30 Uhr (TOP 8)
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:20 Uhr (TOP 4)
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	anwesend ab 18:55 Uhr (TOP 5)
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE	
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE	
Herr Buschmann, Jan	Familien-Partei	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	
Herr Schilke, Florian	CDU	
Frau Müller, Elona Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit		

#### Nicht anwesend sind:

Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Frau Basekow, Angela AWO Kreisverband Potsdam		entschuldigt
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	entschuldigt
Frau Bluhm, Regina	SPD	entschuldigt
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	nicht anwesend
Herr Nowak, Benedikt	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt

#### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 16.10.2007
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Sachstandsbericht zum ambulant betreuten Wohnen für alkoholabhängige Suchtkranke in der Landeshauptstadt Potsdam durch den Träger SinAlkol e.V.
- 4 Fortschreibung Rahmenkonzept - Förderkriterien zur Entwicklung und Steuerung von Bürger- und Begegnungshäusern in der Landeshauptstadt Potsdam
- 5 Vorstellung des Regionalbudgets
- 6 Information zur Umsetzung der Erklärung von Barcelona
- 7 Information des Behindertenbeauftragten zum "Stadtführer für Menschen mit Behinderung"
- 8 Prüfung von Betriebskostenabrechnungen  
Vorlage: 07/SVV/0835  
Fraktion Die Andere
- 9 Kommunale Beteiligung an der Einrichtung von Pflegestützpunkten gem. § 92 c SGB XI  
Vorlage: 07/SVV/0884  
Fraktion DIE LINKE
- 10 Informationen über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2006 (Wohnungsmarktbericht 2006)  
Vorlage: 07/SVV/0851  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 11 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

**zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung**  
Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

**zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung**  
Frau Geywitz informiert, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 6 aufgrund von Krankheit vertagt werden müssen.  
Sie schlägt vor, zum Tagesordnungspunkt 7 auch die Rollstuhlplätze in den Bussen des ViP zu thematisieren.  
Zum Tagesordnungspunkt 10 liegt ein Antrag auf Rederecht von Herrn Besancon als Vertreter des AStA vor. Sie bittet um Abstimmung, ob das Rederecht erteilt werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem Rederecht wird zugestimmt.***Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.***zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 16.10.2007**

Frau Schulze bittet um Ergänzung im Protokoll, dass die Vorstellung des Jugendkonzeptes der PAGA am Ende des 1. Quartal 2008 erfolgen soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.***zu 2 Mitteilungen der Verwaltung****Kinderarztstelle**

Herr Ernst verweist auf die Information von Frau Linke in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und informiert, dass nach Einholen der Zustimmung des Landes zur Kooperationsvereinbarung mit dem Klinikum „Ernst von Bergmann“ für Unterstützung bei Reihenuntersuchungen eine Bewerbung auf die Kinderarztstelle eingegangen ist, die abgelehnt werden musste, da die Stelle so nicht mehr vorhanden ist.

**Frühförderung**

Frau E. Müller informiert über die Beratung zum Thema „Schulisches/vorschulisches Frühförderverfahren“ vom 13.11.2007.

Im Ergebnis der Beratung erfolgte eine Verständigung zur Erarbeitung einer Kooperationsvereinbarung, die bis zum Jahresende als Entwurf an alle Beteiligten übergeben wird.

**zu 3 Sachstandsbericht zum ambulant betreuten Wohnen für alkoholabhängige Suchtkranke in der Landeshauptstadt Potsdam durch den Träger SinAlkol e.V.**

*Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.*

**zu 4 Fortschreibung Rahmenkonzept - Förderkriterien zur Entwicklung und Steuerung von Bürger- und Begegnungshäusern in der Landeshauptstadt Potsdam**

Herr Kroop stellt das Konzept vor und gibt Erläuterungen.

Frau Dr. Müller fragt zum Punkt 5.1 des Rahmenkonzeptes, ob man sich auf die Ausrichtung auf bürgerliches Engagement als Grundlage für die Einrichtung eines Bürger- und Begegnungshauses reduzieren sollte.

Herr Kroop macht deutlich, dass die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen dann geschaffen werden müssen. Er erklärt, dass es darum geht, dass die Initiative aus dem bürgerlichen Engagement erwachsen soll.

Herr Näder informiert, dass er seit Jahren bemüht ist, ein Bürgerhaus für die Innenstadt und Potsdam West zu initiieren, da in diesem Bereich großer Bedarf vorhanden ist. In der Planung der Verwaltung erscheint dieser Bereich aber nicht.

Herr Kroop weist darauf hin, dass die Maßnahmen zur Errichtung eines Bürgerhauses in Potsdam West des Trägers „Rückenwind“ von Seiten der Verwaltung in Potsdam West unterstützt wurden.

Frau Geywitz macht deutlich, dass „Rückenwind“ aufgrund der Signale der Verwaltung, dass keine finanziellen Mittel vorhanden sind, seine Aktivitäten eingeschränkt.

Herr Bewer spricht das Rathaus Babelsberg an und macht deutlich, dass Rollstuhlfahrer hier genau wie in vielen anderen Bürgerhäusern aufgrund der baulichen Bedingungen ausgeschlossen sind.

Frau Geywitz bittet, dies in das Rahmenkonzept aufzunehmen und bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales spricht sich deutlich dafür aus, dass alle Bürger- und Begegnungshäuser barrierefrei sein müssen.**

*Das Rahmenkonzept wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 5 Vorstellung des Regionalbudgets**

Frau Cramer stellt anhand von Folien die Eckdaten vor und erläutert das 3-Säulen-Programm, das aus den Teilprojekten

- Stufenprogramm Step by Step
- IDA – Ideen und Arbeit
- Regionalentwicklung / V&C

besteht. Anschließend erörtert sie die einzelnen Teilprojekte und stellt die Zwischenergebnisse vor.

Frau Cramer stellt das Projekt „Gartenkulturpfad Potsdam“ vor und weist darauf hin, dass jeder Rundweg spezielle Angebote für den Nutzer hat und weist dabei auf das Begleitheft zum Gartenkulturpfad sowie die Veranstaltungen hin.

Frau Blume fragt, wann eine endgültige Entscheidung zu den fünf Projekten erfolgt, die im Sommer im Begleitausschuss noch offen waren.

Frau Cramer erklärt, dass dies nicht mehr in diesem Förderzeitraum erfolgen wird. Derzeit wird das neue Konzept für März 2008 vorbereitet.

Frau E. Müller ergänzt, dass diesmal das Regionalbudget nur für 9 Monate ausgereicht wurde. Die nächste Förderperiode läuft wieder über einen Zeitraum von einem Jahr.

Frau Blume fragt, wieviele der bei Gartenkulturpfad eingebundenen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden.

Frau Cramer berichtet, aus diesem Projekt zwei Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

Frau E. Müller ergänzt, dass lediglich aus dem Regionalbudget zwei Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden.

Frau Schulze fragt, mit welchen Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung Gespräche zur Fortsetzung und Pflege des Gartenkulturpfades und ggf. Arbeitsplatzbeschaffung geführt wurden. Inwieweit ist Option auf Verlängerung der jetzt laufenden Projekte möglich?

Frau Cramer erklärt, dass es bei einigen Projekten bereits eine Verlängerung gab. So auch z.B. beim Gartenkulturpfad. Sie weist auch darauf hin, dass der Gartenkulturpfad dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen unterstellt ist. Die Geschäftsstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung hat das Projekt lediglich unterstützt.

Frau Paulsen fragt, woran z.B. eine Bewerbung beim Projekt „Step by Step“ gescheitert ist.

Frau Cramer stellt klar, dass es nicht an der Bewerbung, sondern an der Umsetzung gescheitert ist.

Herr Erker weist auf die vielen arbeitslosen Menschen mit Behinderung hin und fragt, ob es dahingehend schon Ideen gibt. Auch eine Kontaktherstellung zum Berufsbildungswerk könnte erfolgen, da hier viele jungen Menschen ausgebildet werden, die dann arbeitslos sind.

Frau Cramer greift die Anregung auf und wird dies prüfen.

Frau Schulze fragt, wie das Bewerbungsverfahren gestaltet ist.

Frau E. Müller erläutert kurz das Verfahren.

Frau Geywitz schlägt vor, nach Ablauf und Auswertung der ersten Phase im März 2008 erneut zu berichten.

## **zu 6 Information zur Umsetzung der Erklärung von Barcelona**

*Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.*

zu 7

## **Information des Behindertenbeauftragten zum "Stadtführer für Menschen mit Behinderung"**

Herr Erker informiert, dass auf Initiative des Behindertenbeirates eine Arbeitsgruppe zur Erstellung des Stadtführers für Menschen mit Behinderung eingerichtet wurde.

Er berichtet, dass er derzeit Gespräche mit verschiedenen Anbietern/Akteuren über die Möglichkeiten der Erhebungen der Daten führt.

Frau Geywitz fragt, wann der Stadtführer für Menschen mit Behinderung vorgelegt werden soll und ob die Finanzierung geklärt ist.

Herr Erker kann keine Aussage darüber treffen, wann der Stadtführer vorliegen wird. Auch die Finanzierung ist noch unklar.

Frau Gewitz fragt Herrn Erker, ob er bereits Aktivitäten unternommen hat, die Finanzierung für den Stadtführer sicher zu stellen.

Frau Blume fragt, ob es Erkenntnisse gibt, in welchen anderen Städten ein derartiger Stadtführer erstellt wurde und wie die Erfahrungen der anderen Städte in die Erarbeitung des Potsdamer Stadtführers einbezogen werden.

Frau Schulze fragt, ob es Kontakt zur Behindertenbeauftragten von Frankfurt (Oder) gibt, die bereits vor ca. zwei Jahren den Stadtführer für Menschen mit Behinderungen aus ihrer Stadt vorgestellt hat.

Herr Erker erklärt, dass es zur Behindertenbeauftragten der Stadt Frankfurt (Oder) keinen Kontakt gibt, aber zu einigen Behindertenbeauftragten aus anderen Städten.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass es bereits in Vorbereitung der BUGA entsprechende Datenerhebungen gab und fragt, ob und wie diese genutzt werden.

Herr Erker erklärt, dass diese Daten schon sehr alt sind und nicht genutzt werden.

Herr Gohlke bittet, dass bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ein Finanzierungskonzept vorgelegt wird.

Frau Dr. Lotz fragt, ob der Stadtplan für Menschen mit Behinderung in absehbarer Zeit vorliegen wird.

Herr Erker äußert sich optimistisch.

### **Mitnahme von Rollstuhlfahrern in Bussen.**

Herr Erker informiert, dass aufgrund einer EU-Richtlinie in vielen Bussen des ÖPNV nur noch jeweils ein Rollstuhlfahrer mitgenommen werden kann. Laut Aussage von Herrn Weis (Geschäftsführer ViP), wird ab sofort bei neu bestellten Bussen darauf geachtet, dass diese mit zwei Rollstuhlplätzen ausgestattet sind.

Als kurzfristige Maßnahme hat der ViP zugesagt, einen Rufbus zu installieren, der zusätzlich zu den vorhandenen Möglichkeiten zur Verfügung steht. Zur Klärung der Finanzierung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Diese Arbeitsgruppe besteht aus Herrn Erker, Herrn Ott (ViP) und Herrn Pfefferkorn (Bereich Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung).

Frau Paulsen fragt, ob der ViP dies im Rahmen seiner Aufgaben abfedern könnte.

Frau Kirchner informiert, dass die Verwaltung hierzu bereits im Hauptausschuss am 14.11.2007 Aussagen getroffen hat.

Frau E. Müller bittet Herrn Erker zu klären, wie diese Arbeitsgruppe arbeiten soll und wie die Finanzierung des Rufbusses erfolgen soll.

Frau Blume bittet, dass zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ein ausführlicher Bericht gegeben wird und im Vorfeld Unterlagen mit Informationen ausgereicht werden.

## zu 8 **Prüfung von Betriebskostenabrechnungen** **Vorlage: 07/SVV/0835**

Frau Kirchner verweist auf die Einbringung der Drucksache in der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2007 und erklärt, dass Teile des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE übernommen werden. Sie fragt, welche weiteren Mietervereine gemeint sind.

Herr Krause bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Er macht deutlich, dass die Stadt auf beide Mietervereine zugehen sollte.

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:**

1. Änderung des Betreffs.:  
Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit den Potsdamer Mietervereinen zur Hilfe bei der Abwehr unberechtigter Vermieterforderungen gegenüber Empfängern sozialer Hilfeleistungen für ein angemessenes Wohnen. (oder kürzer: Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit den Potsdamer Mietervereinen bei der Prüfung von Vermieterforderungen)
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verhandlungen mit den Potsdamer Mietervereinen aufzunehmen, wie gemeinsam den Empfängern sozialer Leistungen zur Sicherung angemessenen Wohnens auf deren Verlangen und unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen geholfen werden kann, Vermieterforderungen/-leistungsverweigerungen auf ihre Berechtigung zu überprüfen bzw. bei begründeten Zweifeln abzuwehren, insbesondere bei
  - Betriebskostenabrechnungen
  - Mieterhöhungsverlangen
  - Wohnraummängeln

Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung im **März 2008** zu informieren.

Frau Busch bittet darum, dass derartige Dinge zukünftig mit den Mietervereinen besprochen werden sollte. Sie macht deutlich, dass mit dem Mieterverein Babelsberg kein Kontakt aufgenommen wurde.

Frau Kirchner erklärt, dass Ziel des Antrages die Vereinfachung des bisherigen Verfahrens ist.

Sie schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und auch Kontakt mit dem Babelsberger Mieterverein aufzunehmen.

Frau Geywitz informiert, dass die Verwaltung angeboten hat, im März 2008 einen Bericht zu geben.

*Der Antrag wird zurückgestellt.*

**zu 9      Kommunale Beteiligung an der Einrichtung von Pflegestützpunkten gem. § 92 c SGB XI  
Vorlage: 07/SVV/0884**

Herr Krause bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau E. Müller informiert, dass man sich derzeit noch in der Abstimmungsphase zum Entwurf befinde. Sie zitiert den § 92 c des SGB XI und weist darauf hin, dass nach diesem Entwurf Pflegestützpunkte nicht in Verantwortung der Kommune errichtet werden können.

Frau Trauth-Koschnick informiert dass sich das „Netzwerk Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“ im Rahmen der Pflegeinitiative des Landes Brandenburg bereits seit längerem mit diesem Thema befasst. Es werden Beratungsstandards für eine trägerübergreifende Beratungsstelle für ältere Menschen in den Sozialräumen entwickelt.

Frau E. Müller ergänzt, dass man hier zu Beratungszentren kommen soll.

Herr Krause betont, dass das Anliegen des Antrages ist, auf die gesetzlichen Bestimmungen vorbereitet zu sein. Die Verwaltung sollte im Februar 2008 verbindliche Vorstellungen vorlegen.

Frau Geywitz weist darauf hin, dass noch nicht abzusehen ist, wie das Gesetz letztlich aussehen wird.

Sie schlägt vor, dass die Verwaltung dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales im Februar 2008 einen Bericht zur Umsetzung der Pflegestützpunkte gibt.

Frau E. Müller bietet an, über die Initiativen zu berichten.

Die macht deutlich, dass die Verwaltung keine Regelung anbieten kann, wenn keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Fest steht aber, dass die Pflegestützpunkte in Potsdam an bereits vorhandene Beratungsstellen angebunden werden sollten.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vorstellungen der Verwaltung darzulegen, wie Pflegestützpunkte entweder unter Verantwortung der Stadt oder als verpflichtende Aufgabenwahrnehmung durch die Pflegekassen, im Zusammenhang mit der Reform des Pflegegesetzes auf Bundesebene, in Potsdam eingerichtet werden können.

Dem Bericht ist ein Vorschlag beizufügen, wie die Pflegestützpunkte über die Modellphase von 2 Jahren hinaus dauerhaft finanziert werden können.

Der Stadtverordnetenversammlung Potsdam ist dazu im Februar 2008 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 1

*Der Antrag wird abgelehnt.*

**zu 10 Informationen über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2006 (Wohnungsmarktbericht 2006)  
Vorlage: 07/SVV/0851**

Herr Böttche bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Besancon (AStA) macht darauf aufmerksam, dass höchstens ein Drittel des Einkommens für Miete verwendet werden soll und weist darauf hin, dass derartige Wohnraum in Potsdam für Studenten nicht vorhanden ist und viele Studierende nach Berlin ziehen.

Er bittet die Stadtverordneten, sich dafür einzusetzen, dass für die Studierenden in Potsdam attraktiver bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Frau Geywitz schlägt vor, von städtischer Seite mit dem Studentenwerk Kontakt aufzunehmen und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu berichten.

Frau Kirchner verweist auf das Fazit (Insbesondere Punkt d) und bittet darum, dass im nächsten Bericht dargestellt wird, wie dem tatsächlich begegnet werden kann.

Herr Krause erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den Grundsätzen für Wohnungsneubau in Potsdam.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass es sich hier um einen Bericht handelt, nicht um ein Konzept. Sie macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam nicht durch Aufnahme von Krediten Wohnraum im Rahmen des Sozialwohnungsbaus schaffen kann.

Im Arbeitskreis Stadtsuren gibt es bereits Überlegungen, wie die Stadt hier unterstützt werden kann.

Frau Busch weist darauf hin, dass Potsdam bei der Sanierung von Wohnraum sehr viel weiter ist als Berlin, daher ist hier ein Vergleich nicht möglich. Sie weist darauf hin, dass es bei den Genossenschaften preiswerten Wohnraum gibt.

Frau Geywitz bittet zur nächsten Sitzung um Informationen zu Gespräch mit dem Studentenwerk.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 11 Sonstiges**

Frau Scheuerer weist auf die Fachtagung zum Thema „Gewalt in der Partnerschaft... und die Kinder?“ am 26.11.2007; 13:00 Uhr im Plenarsaal hin und verteilt Flyer zur Veranstaltung.

Herr Bewer informiert, dass am 22. November 2007 um 18.00 Uhr eine Informationsveranstaltung zum Thema „Persönliches Budget“ im Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30 unter Regie des Behindertenbeirates stattfindet.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
11. Dezember 2007; 18:00 Uhr**

**Klara Geywitz  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Ausschussbetreuerin**